

Beschluss

vom 9. März 2010

über die Ergebnisse der kantonalen Volksabstimmung vom 7. März 2010

Der Staatsrat des Kantons Freiburg

gestützt auf das Gesetz vom 6. April 2001 über die Ausübung der politischen Rechte (PRG);

gestützt auf den Beschluss vom 12. Januar 2010 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur kantonalen Volksabstimmung vom Sonntag, 7. März 2010;

gestützt auf die Protokolle dieser Abstimmung;

auf Antrag der Staatskanzlei,

beschliesst:

Art. 1

Die Ergebnisse der kantonalen Volksabstimmung vom 7. März 2010 lauten wie folgt:

1. Gesetz vom 12. Februar 2009 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule:

Eingeschriebene Stimmberechtigte	181 079
Eingelegte Stimmzettel	86 364
Es haben JA gestimmt	51 340
Es haben NEIN gestimmt	32 696

TABELLE

Suisses de l'étranger/Auslandschweizer: 4000.

2. Gesetz vom 16. November 2009 über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAG):

Eingeschriebene Stimmberechtigte	181 079
Eingelegte Stimmzettel	85 381
Es haben JA gestimmt	59 747
Es haben NEIN gestimmt	18 673

TABELLE

Suisses de l'étranger/Auslandschweizer: 4000.

Art. 2

Allfällige Beschwerden sind innert 10 Tagen nach der Veröffentlichung der Ergebnisse im Amtsblatt beim Kantonsgericht, Verwaltungsrechtliche Abteilung, einzureichen (Art. 150 PRG).

Art. 3

Der Staatsrat übermittelt dem Grossen Rat die Ergebnisse dieser Abstimmung und die entsprechenden Akten.

Art. 4

Dieser Beschluss wird im Amtsblatt veröffentlicht.

Der Präsident:

B. VONLANTHEN

Die Kanzlerin:

D. GAGNAUX